

## Die Fischer bangen um Fanggebiete

**GREETSIEL** - Der CDU-Europaabgeordnete Jens Gieseke (Emsland) war gestern in Greetsiel, wo er sich mit Vertretern der Kutter- und Küstenfischer traf. Die Fischer trugen ihm ihre Sorgen bezüglich der geplanten Ausweisung von Schutzgebieten in der Nordsee vor, in denen sie ihre Netze nicht mehr auslegen dürften. Seite 14

### BESUCH AUS BRÜSSEL IN GREETSIEL



Der emsländische Europaabgeordnete Jens Gieseke war gestern auf Einladung der Krummhörner CDU nach Greetsiel gekommen.

BILDER: ORTGES

## „In den Riffs der Nordsee schwimmt kein Nemo“

**POLITIK I** Der EU-Abgeordnete Jens Gieseke hörte sich gestern an, wo die Kutterfischer der Schuh drückt

Er verspricht, der Umweltministerin einen Brief zu schreiben.

VON FRITZ HARDERS

**GREETSIEL** - „Dann hätte ich so viel Munition an Bord wie ein Lenkflugkörper.“ – Dirk Sander ist für seine markigen Sprüche bekannt. Der Neßmersieler Fischer und Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Kutter- und Küstenfischerei prangerte gestern in Greetsiel die Förderpolitik der EU für seinen Berufsstand an. Geld gebe es für Fischer, wenn sie ihre Schiffe mit neuer Signalmunition ausstatteten. Allerdings erst ab einem Anschaffungswert von 20.000 Euro.

Dirk Sander brachte sich beim Besuch des emsländischen Europaabgeordneten



Der Vorsitzende der Krummhörner CDU, Hinrich Eilers, hatte den Abgeordneten eingeladen.

Jens Gieseke (CDU) in Position. Gieseke hörte sich gestern – auf Einladung des Vorsitzenden der Krummhörner CDU, Hinrich Eilers, – die Sorgen und Nöte der Kutterkapitäne an. Und die scheinen mannigfaltig zu sein.

Hilke Looden, bei der Landwirtschaftskammer Nie-

dersachsen zuständig für Fischerei, brachte die geplante Ausweisung von Schutzgebieten in der Nordsee (siehe untenstehenden Bericht) zur Sprache, ebenso die Vergabe von Lizenzen für die Elektro-fischerei sowie den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF), der unter an-

derem den Neubau von Fischereifahrzeugen fördert.

Niederländische Fischer umgingen die begrenzten Lizenzen für die Elektro-fischerei unter dem Vorwand, wissenschaftliche Erkenntnisse zu sammeln, beklagte Looden. Die EU sei gefordert, für gleiche Voraussetzungen zu sorgen, damit der Wettbewerb nicht verzerrt werde.

Der EMFF, auch das gab sie dem EU-Abgeordneten mit auf den Weg, müsse über 2020 hinaus fortgeschrieben werden, um jungen Kapitänen die Anschaffung von neuen Kuttern zu ermöglichen. Sonst sei der Fortbe-



Hilke Looden ist bei der Landwirtschaftskammer für Fischerei zuständig.



Die Kutterkapitäne Ralf Groenewold (links) und Dirk Sander blicken sorgenvoll in die Zukunft.

stand der deutschen Fischereiflotte gefährdet, wie sie sagte.

Breiten Raum nahm bei dem Treffen die vorgesehene Ausweisung der Schutzgebiete ein. „In den Riffgebieten, die in dem Entwurf angegeben sind, schwimmt kein Nemo“, sagte Sander. Die Fischerei zerstöre dort nichts.

Jens Gieseke hörte den Fischern aufmerksam zu. Er versprach ihnen, der zuständigen Umweltministerin Barbara Hendricks wegen der Schutzgebiete und den zuständigen EU-Kommissar wegen der Elektro-fischerei zu schreiben.

Zuvor hatte Jens Gieseke die Besamungsstation des Verbandes Ostfriesischer Stammviehzüchter in Georgsheil sowie einen landwirtschaftlichen Betrieb in Wirdum besucht.



Kutter in Greetsiel.

## Die Fischer bangen um ihre Fanggebiete in der Nordsee

**POLITIK II** Bundesregierung will Netze aus vier Meeres-Naturschutzgebieten verbannen

Die Ministerien bezeichnen den Entwurf als einen guten Ausgleich zwischen den europäischen Naturschutzzielen und den berechtigten Interessen einer wirtschaftlich auskömmlichen Fischerei.

**GREETSIEL / HAS** - Das Vorhaben der Bundesregierung, in vier Meeres-Naturschutzgebieten in der Nordsee ganzjährige Fangbeschränkungen für die Berufsfischerei zu erlassen, sorgt für große Unruhe unter den Fischern. Betroffenen wären davon auch die ostfriesischen Krabbenfischer, die

um ihre Fanggründe bangen. Konkret geht es um vier Gebiete, die in der sogenannten „Ausschließlichen Wirtschaftszone“ (AWZ) liegen: „Borkum Riffgrund“, die „Doggerbank“ das „Sylter Außenriff“ sowie das Vogel-schutzgebiet „Östliche Deutsche Bucht“.

Der Deutsche Fischerei-Verband befürchtet, dass so fast 30 Prozent der deutschen Meeresfläche in der AWZ mit etwa 5000 Quadratkilometern für sämtliche grundbe-rührenden Fanggeräte und Stellnetze für die Fischer verloren gingen. Die zunehmenden Einschränkungen bedrohen besonders die Familienbetriebe mit ihren kleinen Kuttern. Die AWZ ist das Gebiet jenseits der Küstenge-

wässer und wird auch als 200-Meilen-Zone (370 Kilometer) bezeichnet. Den angrenzenden Küstenstaaten wird in diesem Bereich unter anderem das Recht zur wirtschaftlichen Ausbeutung einschließlich des Fischfangs zugestanden.

Die geplanten ganzjährigen Fangbeschränkungen sind eine gemeinsame Empfehlung des Bundeslandwirtschafts- und des Bundesumweltministeriums. Die Beschränkungen seien erforderlich, damit Seevögel, Fische und Schweinswale dauerhaft in der Nordsee leben könnten. Die geplanten Beschränkungen

zeichnen sich so auch der Fischerei, heißt es von den Ministerien.

Während die beiden Ministerien diesen „Maßnahmenentwurf als einen guten Ausgleich zwischen den europäischen Naturschutzzielen und den berechtigten Interessen einer wirtschaftlich auskömmlichen Fischerei“ be-

„Großflächiger Eingriff in bestehende Nutzungsrechte“

zeichnen, geißelt der Deutsche Fischerei-Verband das Vorhaben als einen großflächigen Eingriff in bestehende Nutzungsrechte“. Das sei so, als nähme man den Bauern den Acker weg, beklagte unlängst dessen Generalsekretär Peter Breckling. Auch die

Erzeugergemeinschaft der Deutschen Krabbenfischer lehnt das Fischereiverbot rundum ab. Sie kritisiert, dass der Entwurf beim bodennahen Krabbenfischen nicht unterscheidet, welches Schleppergerät eingesetzt werde. Es mache einen Unterschied, ob ein vier bis fünf Tonnen schweres Geschirr über den Meeresboden gezogen werde oder ob das Geschirr nur 500 Kilogramm wiege.

Der Bund will seine Pläne jetzt noch an die EU-Mitgliedsländer schicken, die in der deutschen Nordsee fischen: Dänemark, Niederlande, Großbritannien, Belgien und Frankreich. Diese Anrainerstaaten müssten dem Vorschlag zustimmen.